



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rassen- und Klassenhaß : aus Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Rassen- und Klassenhaß

Aus Österreich



Unmittelbar vor Beginn der Reichsratsferien wurden im Abgeordnetenhaus zwei Erklärungen abgegeben, die eine ernste Mißbilligung einer „krankhaften Erscheinung“ in unserm öffentlichen Leben und die nach allen Seiten gerichtete Mahnung enthielten, jener Erscheinung entgegenzuwirken. Der Führer der Opposition, Herr von Plener, und der Ministerpräsident drückten an zwei auf einander folgenden Tagen, dem Sinne nach völlig übereinstimmend, ihr Bedauern über die Maß- und Rücksichtslosigkeit in den Parteikämpfen der Gegenwart aus und suchten das Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl zu wecken. Ganz verschiedene Anlässe waren es, welche die beiden Redner, in denen zwei entgegengesetzte Richtungen sich gewissermaßen verkörpern, genau zu derselben Schlussfolgerung führten. Herr von Plener war sichtlich erschreckt durch den Ausbruch eines wilden Adelshasses bei Gelegenheit einer Verhandlung über ein neues Fideikommiß. Über den Wert der Fideikommiße sind die Ansichten bekanntlich geteilt, und es lassen sich genug erhebliche Gründe gegen die ganze Einrichtung vorbringen. Aber der eine Oppositionsredner, der Wiener Abgeordnete Kronawetter, der Wortführer der vorstädtischen Konfusionskatie, frischte seine herkömmlichen Redensarten von der alleinseigmachenden Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und von der herrlichen französischen Revolution, mit der für ihn erst die Geschichte der Menschheit beginnt, diesmal durch Wendungen auf, die den unnötigen Beweis erbrachten, daß ihm der Ton der guten Gesellschaft fremd ist. Und noch viel ingrimmiger ließ sich ein Herr Pollak aus Böhmen aus. Er kommt nicht, wie konsequenterweise Kronawetter, zur Abschaffung des Erbadeis. Wer „arbeitet,“ z. B. seine Aktien arbeiten läßt, erwirbt sich nach dieses Redners Vorstellung das Recht auf den ererbten Besitz, vielleicht darf auch die Verwaltung von Gütern Arbeit genannt werden, nur nicht, wenn diese Edelleuten gehören, denn die arbeiten nicht. Wie viele Mitglieder der Talmi-Aristokratie, „Söhne von Börsenfürsten“ u. s. w., kein höheres Ziel kennen, als in allen noblen und unnoblen Passionen, allen Nichtigkeiten und Ausschweifungen adelichen Nichtsthuern ähnlich zu werden, wie gut es

auch die „Finanzbarone“ verstehen, Ländereien und Wäldungen aus Bauernhänden zu erwerben und zusammenzulegen, davon weiß der Mann nichts, oder er findet eben, daß das ganz was andres sei. Wenigstens brachte er für einen von andrer Seite erwähnten jüdischen Leuteschinder die köstliche Entschuldigung vor, der sei zu seiner Handlungsweise durch unbillige Pachtbedingungen genötigt. Da wird jemand, der vielleicht andre Pachtbewerber durch das Anbieten von Bedingungen, bei denen er nicht bestehen könnte, aus dem Felde geschlagen hat, zu dem bedauernswerten Opfer aristokratischer Habsucht, und muß, gewiß mit blutendem Herzen, sich an den Arbeitern schadlos halten!

Dieser Vertreter eines sogenannten Bürgertums würde kaum noch durch die Behauptung Verwunderung erregt haben, daß der Qualm in den Städten nicht von den Fabriksschloten, sondern von den Cigarretten aristokratischer Tagesdiebe herrühre; und Herr von Plener hätte ohne Zweifel die Mühe, jenen abzutun, den ministeriellen Rednern überlassen, wenn er nicht ein geschätztes Mitglied der Partei wäre, die sich gern etwas auf ihre Mäßigung zugute thut. So hielt er denn dem hitzigen Freund Bourgeois eine förmliche Strafpredigt und entwickelte dabei Anschauungen, die manchen Parteigenossen stark verblüfft haben mögen. Er erkannte die Berechtigung und Notwendigkeit des Adels im Staate an, pries aber die englischen Einrichtungen, die einerseits den Rücktritt der jüngern Söhne in die bürgerliche Welt und bürgerliche Berufsarten, anderseits das Aufsteigen ausgezeichneten Bürger in die Peerage ermöglichen. Das ist sehr schön, doch was werden zu dem ersten Satze seine politischen Freunde sagen, die eben denselben Satz in seiner Anwendung auf bäuerliche Verhältnisse für das größte Unheil, die schreiendste Ungerechtigkeit erklären? Und was den zweiten Punkt betrifft, so wird sich der Redner wohl nicht verhehlen, daß der Zuführung frischen, guten Blutes in die Adelskaste in Oesterreich nichts so sehr im Wege steht, als die besonders unter den Bürgerministerien massenhaft erfolgten Verleihungen des erblichen Adels.

Der Ministerpräsident war zu dem Ausspruche, daß gegen Krankheiten der Gesellschaft diese selbst „Remedur“ finden und mit gegenseitiger Achtung der Überzeugungen den Anfang machen müsse, durch mehrere Interpellationen veranlaßt worden, die, obwohl von verschiedenen Seiten und in ganz entgegengesetzter Absicht eingebracht, doch in ursächlichem Zusammenhange standen. Zu ihrer Erklärung muß etwas weiter ausgeholt werden.

Gleich nach den letzten Gemeindevahlen in Wien war zu bemerken, daß der Kampf gegen die antisemitische Bewegung mit viel größerem Kraftaufwande als bisher aufgenommen wurde. Sichtlich war ein allgemeines Aufgebot ergangen, um den Feind von allen Seiten zugleich und mit allen Waffen anzugreifen. Bis dahin hatte man geglaubt, ihn durch Spott, Verachtung und sittliche Entrüstung vernichten zu können, und in einer Wählerversammlung, zu der nur sogenannte Waschechte (sinnigerweise in die Börse) geladen worden waren,

versicherten sich die Anwesenden gegenseitig, Wien werde niemals so tief sinken, antisemitisch zu wählen. Als dies trotzdem eintraf, ergingen sich die Zeitungen in den schwärzesten Schilderungen der Zukunft Wiens, alle Redegewaltigen wurden zu Hilfe gerufen, und sogar der einstige Minister Herbst mußte öffentlich beweisen, daß er nichts liefe, als sein Leibblatt, dem er nacherzählte, außerhalb Österreichs gebe es gar keinen Antisemitismus, verstehe man ihn gar nicht. Ein Verein „zur Hebung des Fremdenverkehrs“ glaubte im Sinne seines Programms zu handeln, indem er ausposaunte, Fremde könnten nicht mehr wagen, nach Wien zu kommen, weil sie befürchten müßten, für Juden angesehen und beschimpft zu werden. Den Hauptschlag aber führten die Getreidehändler. Diese hatten im vorigen Jahre beschlossen, keinen „Saatenmarkt“ mehr in Wien abzuhalten, weil kein genügendes Geschäft gemacht werde; der eigentliche geheime Grund soll jedoch die Wahrnehmung gewesen sein, daß der Saatenmarkt die fremden Käufer mit den Produzenten selbst in Berührung bringe und somit die Zwischenhändler entbehrlich mache. In der Hoffnung, daß dieser damals allgemein bekannt gewordene Beschluß inzwischen wieder in Vergessenheit geraten sein werde, faßten sie ihn noch einmal, doch nun mit der Begründung, die ja meistens dem auserwählten Volke angehörenden Kornspekulanten würden in Wien nicht sicher sein. Und richtig meldete der Telegraph aus allen Ecken des Getreidehandels zustimmende Erklärungen. So war der Beweis geführt, daß Wien veröden müsse, weil es Antisemiten in die Gemeindevertretungen abgeordnet hat.

Die Osterzeit brachte allerdings mehrere lästige Erscheinungen. Zuerst einen außergewöhnlich häßlichen Betrugsprozeß, der sich nicht totschweigen ließ und Wasser auf die Mühle der Antisemiten war, dann die Krisis in dem Pferdebahnunternehmen, dessen Hauptaktionär ein schon von früher her sehr — populärer jüdischer Bankier ist. Die Gesellschaft beantwortete die äußerst billigen Forderungen der Kutscher in hellem Übermute mit dem Versprechen, im Laufe der nächsten Monate diese Forderungen in Erwägung zu ziehen und dann nach Möglichkeit zu befriedigen. Es war doch zu durchsichtig, daß sie nur über den gefährlichen Augenblick hinauskommen und Zeit für Vorkehrungen gewinnen wollte, um bei passender Gelegenheit die Unbotmäßigen davonzujagen; und hatte von Anfang an die öffentliche Meinung, die wirkliche, auf Seiten der armen Kutscher gestanden, so wurde nun die Empörung gegen die Tramway-Gewalthaber allgemein. Leider erinnerte sich das Publikum nicht daran, daß es vor einer längern Reihe von Jahren dieselbe Gesellschaft durch passiven Widerstand sehr schnell gezwungen hatte, eine willkürliche Fahrpreiserhöhung rückgängig zu machen. Dafür ergriff der Pöbel in seiner Art Partei, bewarf die wenigen Wagen, die trotz des Ausstandes der Kutscher verkehren konnten, mit Steinen, kühlte auch an jüdischen Brantweinschänken seinen Mut und ließ es zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär kommen.

An diese Vorgänge klammerten sich nun Judenfreunde und Judenfeinde. Die Behörde hatte wohl eingegriffen, sowohl um den Unfug des Mob zu dämpfen, als um dem Unfug der Gesellschaft zu steuern und den streng in den gesetzlichen Grenzen gebliebenen Rutschern zu dem zu verhelfen, was man wohl Menschenrecht nennen darf. Aber das geschah angeblich zu spät, und zugleich wurden Maßregeln gegen die Antisemiten gefordert, wobei man sich anstellte, als ob es vor dem Auftreten dieser Partei in Wien keine gefährlichen Klassen gegeben habe. In diesem Sinne hielt Herr von Chlumetzky im Abgeordnetenhaus eine Rede, die fast Wort für Wort ebenso am Platze gewesen wäre, wenn er die Absicht gehabt hätte, Schutz der katholischen Kirche und ihrer Diener gegen die judenliberale Presse zu beanspruchen. Nicht geschickter benahmen sich die Antisemiten mit ihrer Klage über die Gewaltthätigkeiten der bewaffneten Macht und über die Verunglimpfungen ihrer Partei. Da die beiden Interpellationen sich gegenseitig ad absurdum führten, hatte Graf Taaffe mit deren Beantwortung leichtes Spiel. Und er war großmütig genug, die Interpellanten nicht zu einem Bekenntnis zu nötigen, wie sie an seiner Stelle vorgegangen sein würden, ob nach des Einen Meinung die Polizei angewiesen werden müsse, sich vor dem Einschreiten gegen Unruhmstifter nach deren politischem Programm zu erkundigen, und nach des Andern Verwaltungsgrundsätzen vor jedes Gewölbe eines Juden ein Doppelposten gestellt werden solle, da man ja niemals wissen kann, ob es nicht einen schlimmen Buben geküsten könnte, Steine hineinzuschleudern. Der Abgeordnete Vergani dürfte sich freilich kaum Rechnung machen, einmal an die Regierung zu kommen, aber sein Kollege Chlumetzky ist längst zu Taaffes Nachfolger ausersehen und hätte daher eine derartige Frage nicht ungehörig finden können.

Übrigens hatten die Feiertage noch eine Überraschung gebracht. Nach den Feiertagen beschwerten sich alle liberalen Zeitungen aufs bitterste über eine vom „Vaterland“ verübte Indiskretion, Verletzung des Amtsgeheimnisses, Entheiligung des Osterfestes durch eine schmählische Judenheze. Die genannte Zeitung wird sonst beinahe ausschließlich in klerikalen Kreisen gelesen, nun griff aber jedermann nach dem Blatte. Denn wenn Organe, die sonst den Satz vertreten, daß alles in die Öffentlichkeit gebracht werden müsse, alles ohne Unterschied, und die, wenn sie in den Besitz eines geheimen Aktenstückes gelangt sind, nicht leicht berücksichtigen, ob die Veröffentlichung Schaden anrichten kann oder nicht, sich derart über den Mißbrauch erhitzen, so mußte wohl etwas Furchterliches geschehen sein. Und was war es? Eine Anzahl Juden hatte dem Grafen Taaffe eine Denkschrift überreicht, die den Nachweis liefern sollte, daß in Österreich überall und tagtäglich die größten Gesetzverletzungen zum Nachteil ihrer Rasse verübt würden. Der Schritt scheint in tiefster Stille beraten und ausgeführt worden zu sein, nicht einmal die befreundeten Zeitungen soll man ins Geheimnis gezogen haben. Und das war

ein großer Fehler, denn unter den Journalisten würde sich doch einer oder der andre gefunden haben, der auf den Widersinn des Inhalts aufmerksam gemacht oder wenigstens Sprachverbesserungen angeraten hätte. Wer z. B. schreiben kann: „Im Zusammenhange hiermit wird gebracht,“ verrät zu deutlich, daß er gewohnt ist, „auf der Börs“ zu gehn. Das wäre nun wohl Nebensache. Aber vor allem muß die Frage aufgeworfen werden, ob denn die Verfasser der Denkschrift dem Grafen Taaffe nicht so viel Einsicht zugetraut haben, die Schwächen ihrer Darstellung zu erkennen, bevor er durch gegnerische Zeitungen aufmerksam gemacht worden wäre? Denn nur so ist ihre Betrübnis über das Bekanntwerden des Schriftstückes verständlich.

Daß die Antisemiten jubeln, ist leichter zu begreifen. Wollte man alle Unwahrheiten, Übertreibungen, unbewiesenen Behauptungen, Trugschlüsse und Demunciationen mitteilen, es bliebe nichts übrig, als die ganze mehr als ein- und zwanzig hohe Zeitungsspalten füllende Denkschrift abzudrucken. Eine Blumenlese mag genügen.

Früher war es ein stehender Trumpf der judenfreundlichen Presse, es sei eine Schande für die Christen, sich vor dem kleinen Häuflein ihrer jüdischen Mitbürger zu fürchten. Jetzt gestehen die über eine Unzahl von Zeitungen aller Art verfügenden Juden ihre Ohnmacht gegenüber einer Handvoll kleiner, wenig verbreiteter, meistens sich mühsam erhaltender Blätter ein. Allerdings ist deren Zahl größer, als wir bisher geahnt haben. Denn um ihre Not recht arg erscheinen zu lassen, zählen die Verfasser der Denkschrift jedes in irgend einem Winkel des Reiches erscheinende, ihnen unangenehme Wochenblättchen auf und versichern, es gäbe deren noch viel mehr, bestätigen also unvorsichtig, daß die Bewegung überall Boden hat. Allerdings geht aus den Stichproben (deren Richtigkeit vorausgesetzt) auch hervor, daß ein Teil dieser Presse sich eines äußerst rohen Tones befleißigen muß. In dieser Beziehung hat der Vorwurf des „Vaterlands,“ die Stellen seien aus dem Zusammenhange gerissen, keine Bedeutung; wenn auf der Gegenseite z. B. Stimmung gegen die Geistlichkeit gemacht wird, so geschieht es in der Regel mit viel mehr Vorsicht.

Wie nicht anders zu erwarten war, wird die Frage als religiöse behandelt, was nicht hindert, gelegentlich auch Stimmen derjenigen Jüdengegner anzuführen, die einen ausgesprochen unchristlichen Standpunkt einnehmen. Die Juden bilden keinen eigenen Volksstamm, sondern „eine Religionsgenossenschaft, deren Angehörige nach ihrer Landsmannschaft auch Angehörige der verschiednen Volksstämme des Vaterlandes sind“; mit welcher Geschwindigkeit sie das gemeinsame Vaterland gegen ein anderes umtauschen, im Handumdrehen z. B. Angehörige des französischen Volksstammes werden können, davon weiß die Denkschrift gar nichts. Nomadenvolk seien sie allerdings vor Jahrtausenden gewesen, aber auch andere Völker seien einmal gewandert. Der Vorwurf, daß sie andere Völker haßten und verachteten, werde schon durch die Annahme

eines einzigen Elternpaares der ganzen Menschheit im alten Testament widerlegt. Wer das nicht schwarz auf Weiß vor sich und durch die Stellungnahme der jüdischen Zeitungen nicht jeden Gedanken an Fälschung beseitigt sähe, würde die Kühnheit einer solchen Beweisführung nicht für möglich halten! In andern Fällen werden offenkundige Thatsachen einfach mit Unsinn, albernes Märchen, oder auch damit abgefertigt, den Verfassern sei davon „nichts bekannt.“ Die Alliance israélite ist ein ganz harmloser gemeinnütziger Verein. Daß eine Zeitschrift eine eigne Rubrik „Der Jude im Gerichtssaal“ eröffnet hat, andre wenigstens nie unterlassen, die Nationalität zu erwähnen, wenn ein Jude als bankbrüchig oder sonst wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt worden ist, geschieht in der gehässigen Absicht, die Welt glauben zu machen, daß „die Juden ein überaus (!) großes Verbrecherkontingent stellen, während doch nachweisbar das Gegenteil der Fall ist“; leider unterläßt die Denkschrift den Nachweis, daß sie ein überaus kleines Verbrecherkontingent stellen; und daß das Hervorheben der von Juden begangnen Verbrechen durch das Vertuschen solcher Verbrechen von andrer Seite veranlaßt wird, gehört wohl wieder zu den „nicht bekannten“ Dingen. Das „Deutsche Volksblatt“ habe gleich in seiner ersten Nummer nichts als Judenhetze getrieben, da darin von „gastlich geduldeten Fremdlingen, Rasseneigentümlichkeit, eingewanderten Semiten, jüdischen Geldfürsten, jüdischen Spekulanten, jüdischen Zwischenhändlern, jüdischem Wesen, jüdischer Presse“ u. dergl. m. gesprochen werde. Von solchen Dingen soll eben nicht gesprochen werden. Triumphirend wird einem Salzburger Blatte „Ryffhäuser“ als Widerspruch vorgehalten, daß es einmal den Juden „kapitalistische Richtung“ nachsage, dann aber behaupte, der Charakter der sozialistischen Bewegung entspreche gerade dem jüdischen Charakter am meisten. Sonach scheint es eine Erfindung des bösen „Ryffhäuser“ zu sein, daß den Hunderttausenden jüdischer Geldmänner die sozialdemokratischen oder anarchistischen Führer, deren Namen alle Welt kennt, gegenüberstehen, oder daß sich auch beide Eigenschaften in einer Person vereinigen. Wie Berlin seinen Singer, hat Wien seinen Alder — doch davon weiß die Denkschrift nichts.

Zu den logischen Meisterstücken gehört folgender Satz: „Wenn in allen den antisemitischen Journalen fortwährend von dem Konnex des Verfalls eines Reiches und der Thätigkeit der Juden in demselben gesprochen wird, wenn fortwährend Juden als Revolutionäre denunziert werden, so zeigt das Beispiel Spaniens, wo seit nahezu vier Jahrhunderten gar keine Juden leben (! von dem Minister Mendizabal ist ihnen „nichts bekannt“!), gradezu, wie der Verfall so vieler Reiche von alters her und bis auf die Neuzeit, in welchen Juden gar nicht oder nur in verschwindender Minorität vorkommen, daß alle jene Suppositionen falsch und erdichtet sind.“ In der That, was kann überzeugender sein? Wenn jemand behauptet, daß die Cholera tödlich sei, so wird

das schon durch den Umstand widerlegt, daß viele Menschen an ganz andern Krankheiten gestorben sind.

Nachdem so alle Anschuldigungen, die von Antisemiten gegen Juden erhoben werden, glänzend widerlegt sind, kann der Spieß umgekehrt werden. Die Staatsgrundgesetze gewähren jedem Staatsbürger gleiche Rechte, die Antisemiten sehen die Juden nicht als gleichberechtigt an, folglich verletzen sie die Staatsgrundgesetze. Es giebt Vereine, die keine Juden aufnehmen wollen — das ist gegen die Staatsgrundgesetze. Umgekehrt darf kein Antisemit Geschwornener werden, „da sich gewiß nicht behaupten läßt, daß Antisemiten, notorische Antisemitenhäuptlinge zu jenen Personen gehören, die sich wegen ihrer Verständigkeit, rechtlichen Gesinnung, Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit für das Amt eines Geschwornen vorzüglich eignen.“ Allerdings wäre es das einfachste, wenn jeder Angeklagte das Recht hätte, die Personen zu bestimmen, von denen er abgeurteilt zu werden wünscht.

Und leider läßt sich die Lehrmeinung nicht mehr aufrecht erhalten, daß nur die urteilslose Menge, die Besitzlosen und Ungebildeten, jenen „Antisemitenhäuptlingen“ Heeresfolge leisteten. „Ist es nicht merkwürdig,“ fragt die Denkschrift naiv, „daß bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1888 gerade die Wahl des zweiten Wahlkörpers, die Wahl der Intelligenz auf Antisemiten fiel?“ Gegenüber von Manifestationen wie diese Denkschrift hört das wohl auf, eine „Merkwürdigkeit“ zu sein. Sie selbst aber findet einen andern Grund. Unter den Juden ist allgemein die Meinung verbreitet, „es gewähre die hohe k. k. österreichische Regierung die (!) Duldung der hier herrschenden (!) antisemitischen Bewegung, welche allgemein verbreitete Meinung — mag dieselbe auch irrig sein — diese Bewegung offenbar mächtig fördert, so daß heute die Abwicklung der Angelegenheit gefahrdrohend über unsern Glaubensgenossen schwebt.“ Auf den köstlichen Stil dieser Sätze braucht nicht besonders aufmerksam gemacht zu werden. Aber diese Behauptung wird wenigstens nicht beweislos hingestellt, nur sind die Beweise wieder darnach. Nämlich: Versammlungen, in denen die Juden ein eigener fremder Volksstamm genannt und jüdische Ausbeuter für die ungünstigen Erwerbsverhältnisse verantwortlich gemacht werden, wohnt der Polizeikommissär „in seiner Amtstracht als der Stellvertreter der hohen Regierung bei und giebt durch sein Stillschweigen zu erkennen, daß nach Auffassung der hohen Staatsregierung die Verbreitung von Haß und Feindseligkeiten gegen eine Religionsgenossenschaft — wenn diese die jüdische ist — als gesetzlich zulässig angesehen wird.“ Ferner: Beamte und Lehrer nehmen vielfach an Vereinen und Versammlungen mit antisemitischer Tendenz teil, was ihnen die Regierung natürlich verbieten müßte. Ferner: der Landesausschuß von Salzburg untersteht sich, gewisse Lieferungen nur christlichen Bewerbern geben zu wollen, und stellt sogar für die Besetzung der Stelle des Handelskammersekretärs die Bedingung der christlichen Konfession

auf. Aber nicht nur autonome Behörden gehen so vor. „Auch bei Staatsbehörden, sogar bei Gerichtsbehörden, soll (!) der gleiche Widerstand gegen die Geltung der zitierten, von Sr. Majestät allergnädigst gewährten und (!) sanktionierten Staatsgrundgesetze bestehen, wenn es sich um unsre Glaubensgenossen handelt. Während in der andern Reichshälfte, in Ungarn, es vorkommt, daß auch Juden staatsanwaltschaftliche und richterliche Ämter sogar bei dem höchsten Gerichtshof bekleiden, ohne daß darob oder gar gegen dieselben irgend eine Klage erhoben wird [ein Irrtum!], gilt in Österreich dormalen die Erlangung der Stelle selbst eines Staatsanwalts substitutes erster Instanz oder einer eigentlichen Richterstelle (über die (!) des Auskultanten) für einen Juden als unerreichbar, und wird es sogar beispielsweise seit Jahren als eine Sache vollständiger Unmöglichkeit angesehen, daß ein Israelit auch nur eine Auskultantenstelle beim k. k. Landesgericht erlange.“ Daß getaufte Juden die höchsten Stellen im Justizdienste bekleiden, bleibt natürlich unbeachtet, denn die sind ja keine Juden mehr. Genug, jüdischen Bewerbern, die nicht so rasch befördert werden, wie sie wünschen, „gilt“ es als feststehend, daß sie ihres Glaubens wegen gegen „später eingetretene, wenn auch minder qualifizierte christliche Kollegen“ zurückgesetzt werden, bei Staatsbehörden „soll“ Widerstand gegen die Durchführung der Gleichberechtigung vorkommen, und die Denkschrift begnügt sich, diese „Beispiele der Nichtbeachtung der Gesetze“ anzuführen. Und auf Grund solcher Darstellungen bittet sie den Minister, „die dem Rechte und Gesetze entsprechende Verfügung zu treffen,“ das heißt nach dem ganzen Inhalte dafür zu sorgen, daß die Juden in allen Zweigen des Staatsdienstes zu den höchsten Stellen gelangen, daß sie in jede Gesellschaft und Verbindung aufgenommen werden müssen, daß Beamte und Lehrer, die keine Freunde des Judentums sind, abgesetzt, solche Vereine unterdrückt, solche Zeitungen verboten, Antisemiten als unfähig für das Geschwornenamt bezeichnet werden u. s. w. Damit dürften die Herren sich wohl vorläufig zufrieden geben.

Kann man sich da noch wundern, daß die Zeitungen jener Partei tagtäglich förmliche Denunziationen gegen Geistliche bringen, die sich geweigert haben, den zwanzigsten Jahrestag der Verleihung der Schulgesetze durch Gottesdienst zu begehen? Wahrscheinlich verlangen die Staatsgrundgesetze auch, daß man Gott selbst für die Gesetze danken müsse, die man für schlecht hält. Das ist die Freiheit, wie die Herren sie meinen. Und sie könnten doch den Gegnern der Schulgesetzgebung das bißchen stille Opposition wirklich gönnen. Die Zeit ist wieder gekommen, wo die Abgeordneten, wie Bret Harte sagt, zu ihren Wählern zurückkehren, um ihnen, je nach deren Geschmack, mitzuteilen, daß das Land dem Ruin entgegengehe, oder daß die Aussichten niemals befriedigender gewesen seien, wozu in Österreich noch die dritte Weise kommt: „Die Regierung ist die schlechteste, die sich denken, aber die beste, die sich erwarten läßt; sie mißhandelt die Slawen, gestattet jedoch diesen, wenn auch noch keineswegs

in genügendem Umfange, die Deutschen zu mißhandeln, deshalb wollen wir ihr in Erwartung besserer Zeiten noch das Leben gönnen." Und für alle Parteien ist diesmal wieder das Hauptthema die Schule, aber vergebens hofft man auf eine Äußerung gesunder Realpolitik. Der Unterrichtsminister hat den Versuch gemacht, sich zwischen den Parteiforderungen hindurch zu winden, und hat dadurch glücklich alle Parteien gegen sich aufgebracht. Die Klerikalen thun es ohne die Konfordschule nicht, die Liberalen begnügen sich nicht, gegen diese Bestrebungen Front zu machen, sondern verkünden überall unter „stürmischem Beifall“ die Lehre, daß ein Volk am glücklichsten sein würde, wenn jeder männliche Staatsbürger den Doktorhut trüge und jedes Mädchen wenigstens das Lehrerinnenexamen ablegen könnte, die Tschechen fordern überall, wo einige Duzende ihrer Landsleute sich niedergelassen haben, tschechische Gemeinde- oder womöglich Staatsschulen u. s. w., und da die liebe Jugend nicht früh genug durch Zeitungslektüre gebildet werden kann, wird in der That der „Rassen- und Klassenhaß“ fast zugleich mit den Blättern eingeimpft. Was da aufgeht, wird die Zukunft spüren.



Litteratur

Moderne Argonauten. Humoristischer Roman von Frank Harfut. Jena, Hermann Costenoble, 1889

Dieser humoristische Roman von Frank Harfut, dem Verfasser von „Sylvia“ (einem Buche, das wir, wie wir gestehen, nicht kennen) verspricht in seinen Anfängen viel, leider mehr, als er in der spätern Ausführung zu halten vermag. Der Roman schildert eine mehr und mehr überhand nehmende Menschenart, die die Engländer „Globetrotter“ (das deutsche „Weltbummler“ scheint uns ziemlich gleichwertig) zu nennen pflegen, Menschen, die überall, nur nicht bei sich zu Hause sind. Das eigentliche Vaterland dieser Weltbummler ist England, aber neben ein paar englischen Exemplaren der Gattung führt der Verfasser der „Modernen Argonauten“ auch ein deutsches vor: Herrn Gustav Tiefswinkel, wegen seiner Verdienste um die Republik Tehuantepec „Don Gustavo“ genannt. Dieser alte Junggeselle und ewig junge Hamburger Geschäftsmann lernt auf einer abenteuerlichen Fahrt nach Malakka eine exotische Schönheit, halb Malaiin, halb Europäerin, aber ganz malaiische Patriotin kennen. Mata Niala alias Marion Nyborg sucht überall nach Bundesgenossen, um einen von England begünstigten Usurpator irgend eines malaiischen Sultanats zu stürzen; Herr Gustav Tiefswinkel, gleichzeitig von einem späten Johannisstrieb, von Gold- und Erwerbsdurst und von der abenteuerlichen Aussicht berauscht, in irgend einem hinterindischen Ländchen die deutsche Schutzherrschaft an die Stelle der britischen zu setzen, läßt sich auf eine Art Verschwörung ein, wirbt in Deutschland